

Pöfener Zeitung.

Sechshundsechzigster

Jahrgang.

Annahme-Bureau:

In Posen
außer in der Expedition
bei Knappe (G. H. Meier & Co.)
Breitstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedrichstr. Ecke 4,
in Grah bei Herrn J. Streifand;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Dabbe & Co.

Annahme-Bureau:

In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Knappe & Co.;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel:
Hanssen & Vogler;
in Berlin:
J. Klemmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Kuhn.

Nr. 83.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Mittwoch, 19. Februar
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Interess 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder
deren Raum, dreisgehaltene Reklamen 5 Sgr., sind
an die Expedition zu richten und werden für die an-
demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Uhr Vormittags angenommen.

1873.

Amliches.

Berlin, 18. Februar. Der König hat den bisherigen Prof. Dr. August Wilhelm Schuler am f. f. Johanneum in Graz, und den bis-
herigen außerordentlichen Prof. Dr. Albert Ladenburg an der Univer-
sität in Heidelberg zu ord. Professoren an der philos. Fakultät der
Universität in Kiel; sowie den Ober-Bauinspektor Wilhelm Gottfried
Wellmann in Berlin zum Reg.- und Bauverwalter ernannt.
Der bei den f. Museen hieselbst als Architekt und Haus-Inspektor
angestellte Baumeister Kühn ist zum f. Landbaumeister ernannt; dem
f. Reg.- und Bauverwalter Wellmann in Berlin ist eine entsprechende
etatsmäßige Stelle bei dem f. Polizei-Präsidium hieselbst verliehen
worden.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 18. Februar. Eine von etwa dreihundert
Personen besuchte, von dem Superintendenten Fund geleitete kirchliche
Konferenz sprach sich gegen Dr. Sydow aus, indem sie sich streng
auf den Standpunkt der Bekenntnisschriften stellte. (Bergl. Nr. 82
dieser Btg.)

Dresden, 18. Februar. Im Anschluß an die vor Kurzem in der
zweiten Kammer seitens des Abg. Biedermann gestellte Interpellation
hat der Abg. Schaffrath einen Antrag auf Beibehaltung des Ge-
schworenengerichtes in der neuen deutschen Strafprozeßordnung und
der Abg. Biedermann einen Antrag auf Ausbildung des Reichs-Ober-
handelsgerichts zu einer allgemeinen Rechtsinstitution nach Maßgabe
der fortschreitenden Einheit der deutschen Rechtsgegebung eingebracht.
Die auf der heutigen Tagesordnung stehende Verhandlung über die
Interpellation des Abg. Klemm wegen des Schulgesetzes wurde wegen
Abwesenheit des Interpellanten vertagt.

Leipzig, 18. Februar. Der Präsident des deutschen Buchdrucker-
Verbandes und Redakteur des „Korrespondenten“, Richard Härtel, ist
wegen Verleumdung der in Arbeit verbliebenen Schriftsetzer, auf Grund
der Bestimmungen des Reichsstrafgesetzes, zu sechs Wochen Gefäng-
niß verurtheilt worden. Gegen das Urtheil wurde seitens des Ver-
urtheilten Rekurs erhoben. (Bergl. Nr. 82 d. B.)

Stuttgart, 18. Februar. Dem heute Morgen über das Befinden
der Königin-Mutter ausgegebenen Bulletin zufolge ist am gestrigen
Tage und während der vergangenen Nacht keine Besserung eingetre-
ten; die nervösen Erscheinungen haben vielmehr unter Affektion des
Gehirns zugenommen.

Strasbourg, 18. Februar. Graf Beust hat hier übernachtet und
ist mit dem Frühzug über Paris nach London weitergereist.

Wien, 17. Febr. Der Verfassungsausschuß beschloß in seiner
heutigen Sitzung, nachdem zuvor die Ernennung eines Berichterstatters
über den neuen Wahlordnungsentwurf beliebt und als solcher
Herbst gewählt war, ohne Generaldebatte sofort in die Verathung des
Gesetzentwurfs über die Wahlreform einzutreten. In der darauf be-
gonnenen Spezialberatung über §§ 6 und 7 der Vorlage, in welcher
namentlich die Erhöhung der Zahl der Abgeordneten des Groß-
grundbesitzes zur Diskussion gelangte, erklärte Herbst, daß der Geset-
zentwurf, wenn derselbe auch nicht ohne Mängel sein möge, ein großer
Schritt im Interesse des Reiches sei, welchem man Ueberzeugungen
und berechnete Ansprüche zum Opfer bringen müsse. Der Minister
des Innern, Rasser, motivirte die Regierungsvorlage, für welche das
in der Thronrede verkündete Programm als Ausgangspunkt gedient
habe. In letzterer sei nicht nur auf die Unabhängigmachung des
Reichsraths, sondern auch auf die Wahrung aller vertretungsberech-
tigten Interessen hingewiesen worden und damit die gleichmäßige Er-
höhung der Zahl der Abgeordneten aus allen Gruppen gegeben gewe-
sen. — Morgen wird die Debatte fortgesetzt werden.

Wien, 18. Februar. Nach Vorlegung des Gesetzentwurfs über
die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes nahm im Herrenhause
heute die Verathung über die Strafprozeßordnung ihren Anfang. In
der Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde von der Regierung eine
Vorlage betreffs Bewilligung eines nachträglichen Kredits zur Vesei-
tigung des Nothstandes in Galizien eingebracht. An beide Häuser
des Reichsraths erging die Aufforderung der Regierung, die Wahlen
für die Delegationen vorzunehmen, deren Zusammentreten für den 3.
April d. J. in Aussicht genommen ist. — In der heutigen Sitzung
der Fraktion der Verfassungstreuen wurde der Antrag bei den Wahlen
für den Eisenbahnausschuß des Abgeordnetenhauses von der Wahl
solcher Abgeordneten Abstand zu nehmen, welche als Verwaltungsräthe
bei Geldinstituten fungirten, die sich, mit der Finanzierung von Eisen-
bahnpapieren befaßten, beifällig aufgenommen und zum Beschlusse er-
hoben. — Hier ist das Gerücht verbreitet, Kaiser Ferdinand sei ge-
storben.

Genf, 18. Februar. Das „Genfer Journal“ veröffentlicht den
Protest, welchen Mermillod vor seiner Abreise erlassen hat. Die Ruhe
ist in keiner Weise gefährdet. Gestern Abend wurde in der Kirche Notre
Dame öffentliche Gebete gehalten. Mermillod wird sich einige Tage
bei dem Pater in Jerny aufhalten.

Paris, den 18. Februar. Nach dem übereinstimmenden Bericht
der Morgenblätter sind die Fusionsversuche deren gescheitert, daß der
Graf von Paris sich weigerte zum Grafen Chambord zu reisen. Die
Depeschen aus Madrid vom gestrigen Tage lauten durchaus befrie-
digend. Die Zustimmungsadresse des Marschalls Espartero an die
republikanische Regierung wirkt in beruhigender Weise. (Priv. Dep. B.)

Madrid, 17. Februar. Am Mittwoch soll ein Dekret der Regie-
rung veröffentlicht werden, welches den Karlisten binnen einer Frist
von 15 Tagen vollständige Amnestie anbietet. Nach Ablauf dieser
Frist soll gegen alle Karlisten mit der größten Strenge vorgegangen
werden, da das Wohl der Republik solches erheische und das Land
des Friedens bedürfe. Der Minister des Auswärtigen, Castelar, hat

dem französischen Gesandten, einen längeren Besuch abgestattet; das
Ergebnis der dabei gepflogenen Unterredung wird in Regierungs-
kreisen als ein sehr befriedigendes bezeichnet. Hier in Madrid sowohl
wie in den Provinzen herrscht fortwährend Ruhe; die bei unruhigen
Bewegungen sonst gewöhnlich bemerkbare Abreise von Familien und
einzelnen Personen nach dem Auslande ist nicht wahrzunehmen. Die
Ernennung des General Pavia zum Höchstkommandirenden der Nord-
armee hat einen günstigen Eindruck gemacht und es stehen wie aus
einzelnen karlistischen Kreisen verlautet, auch in diesen Entschliefungen
bevor, welche einen durchaus friedlichen Charakter tragen. Die Ver-
bindung mit Frankreich durch Wiederherstellung der Nordbahn hofft
man bis morgen bewerkstelligen zu können. Auch aus Kuba liegen
sehr günstige Nachrichten vor.

Versailles, 18. Februar. Der Bericht des Herzogs von Broglie
ist gestern dem Präsidenten der Republik mitgeteilt worden. Die
Dreißiger-Kommission wird über denselben weiter beschließen, sobald
die Bemerkungen des Präsidenten zu demselben, welche baldigst erwartet
werden, ihr kund geworden sind.

London, 17. Februar. Unterhaus-Sitzung. Auf eine Anfrage
Attyd's befragte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Viscount
Emsford, daß außerordentliche umfangreiche Kohlenlager in der nord-
chinesischen Provinz Schansi vorhanden sind, zu deren Ausbeutung in-
dessen die europäischen Kaufleute in Peking die chinesische Regierung
bisher vergeblich zu bestimmen versucht hätten. Die letztere durch einen
Zusatzvertrag zu dem bestehenden Handelsvertrage dazu zu veranlas-
sen, biete erhebliche Schwierigkeiten; man müsse hoffen, daß China
einst von selbst zu der Erkenntniß gelangen werde, wie große Vor-
theile ihm aus der mit Hilfe auswärtigen Kapitals anzubahnenden
Entwicklung des Bergbaues und der Eisenbahnen erwachsen würden.

— Der Earl von Carnarvon brachte im Oberhause die milchige Lage
zur Sprache, in der sich, nach einer Eingabe des Vikars von Napton,
eine Anzahl Auswandererfamilien in Kanada und Brasilien befänden.
Lord Granville erwiderte, die Eingabe sei der englischen Gesandtschaft
in Rio zugestellt worden, um Erhebungen vorzunehmen und, wenn
die Sache sich in der angegebenen Weise verhalte, die Regierung von
Brasilien zur Abhilfe der Uebelstände zu veranlassen. — Nach dem
von den Aerzten Jenner, Gull und Weber ausgegebenen Bulletin lei-
det der deutsche Botschafter, Graf Bernstorff, an einem durch ein Le-
berleiden herbeigeführten Hydrogaster. Die Kräfte des Kranken sind
trotz andauernder Schlaflosigkeit zwar noch ziemlich ungeschwächt;
nach dem Charakter der Krankheit ist indes eine rasche Besserung des
Zustandes nicht zu erwarten. — Die Eigentümer des Dampfers
„Murillo“ werden, dem Vernehmen nach, eine Diffamationsklage ge-
gen den Agenten von Lloyd's in Radir erheben und eine Entschädi-
gung von 50,000 Frs. verlangen. — Nach einer der „Times“ aus
Japan zugegangenen Nachricht ist die Errichtung des japanesischen
Parlamentes jetzt definitiv beschlossen, in die erste Kammer werden nur
Personen vom höchsten Range eintreten.

Christiania, 17. Februar, Abends. Nach langen Debatten hat
das Storting mit 66 gegen 42 Stimmen folgende von Molsfeldt mit
Zustimmung Sandrup's formulierte Tagesordnung angenommen: Das
Storting, welches trotz der Erklärung des Staatsraths die politische
Lage, durch welche die vorjährige Mißtrauensadresse hervorgerufen
worden ist, im Wesentlichen unverändert findet, geht zur Tagesord-
nung über.

Bukarest, 18. Februar. Die Deputirtenkammer hat das Er-
gänzungsbudget für das Kriegsministerium genehmigt und dabei auch
die Mittel für Herstellung einer auf der Donau zu stationirenden
Kriegsschaluppe bewilligt, durch welche dem Schmuggelhandel, durch
den auch das Tabakmonopol gefährdet wird, gesteuert werden soll.

Cettinje, 18. Februar. Der Fürst Nicolaus ordnete die Ver-
einigung der gesamten bewaffneten Macht Montenegros in Birnoje-
witz an und äußerte den Wunsch, eine Revue über seine Armee ab-
zuhalten.

Newyork, 17. Februar. Der Dampfer des baltischen Lloyd
„Franklin“ ist gestern nach dreizehntägiger Fahrt von Havre wohlbe-
halten hier eingetroffen.

Philadelphia, 17. Februar. Die zur Untersuchung der Vor-
gänge bei der Wahl Caldwell's zum Senator für Kansas niederge-
setzte Kommission hat heute ihren Bericht erstattet und die Nichtigkeits-
erklärung der Wahl wegen Bestechung beantragt.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 18. Februar. [Abgeordnetenhaus.] Bei der Wahl
zweier Deputirten für die Untersuchungskommission werden in der
ersten Wahl 301 Stimmen abgegeben, wovon Kasper 196 erhält und
annimmt. Bei der zweiten Wahl werden 311 Stimmen abgegeben,
wovon Köller 120, Birchow 80, Mallinkrodt 60, Wedell 49 erhält; es
folgt eine engere Wahl, bei welcher von 301 Stimmen Mallinkrodt
105, Köller 104, Birchow 89 erhalten; da die absolute Majorität 150
Stimmen sind, so ist eine nochmalige Wahl notwendig zwischen
Mallinkrodt und v. Köller. Von den 283 abgegebenen gültigen Stim-
men erhalten nunmehr v. Köller 175 und v. Mallinkrodt 108 Stim-
men. Der Abg. v. Köller ist somit mit absoluter Majorität gewählt.
Da derselbe beurlaubt ist, kann eine Erklärung über die Annahme der
Wahl heute nicht stattfinden.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 19. Februar.

— Wie die „Neue St. Btg.“ hört, beabsichtigt die Staatsregierung
die General-Kommission zu Posen mit derjenigen zu Stargard

zu vereinigen und erstere nach Stargard zu verlegen. Dem Landtage
wird in Kurzem eine darauf bezügliche Vorlage gemacht werden. An
der Genehmigung derselben ist nicht zu zweifeln.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Wochen-Uebersicht der Preussischen Bank vom 15. Fe-
bruar 1873.

	Aktiva.	Gegen	
		7. Februar.	
1. Geprägtes Geld und Barren Thlr.	193,793,000	Jun.	1,926,000
2. Kassen-Anweisungen, Privat- Banknoten u. Darlehnskassen- scheine	4,088,000	Jun.	155,000
3. Wechsel-Bestände	155,255,000	Abn.	5,266,000
4. Lombard-Bestände	22,151,000	Abn.	1,436,000
5. Staats-Papiere, diskontirte Schaganweisungen, verschie- dene Forderungen und Aktiva	3,260,000	Abn.	98,000
Passiva.			
6. Banknoten in Umlauf	Thlr. 281,324,000	Abn.	4,589,000
7. Depositen-Kapitalien	29,323,000	Abn.	117,000
8. Guthaben der Staatskassen, Institute und Privatpersonen, mit Einschluß des Giro-Ver- kehrs	30,851,000	Jun.	106,000

Wie der vorliegende Ausweis der Preussischen Bank zeigt, voll-
zieht sich die Besserung der Geldverhältnisse fortwährend. Die An-
lagen der Bank sind um 6 1/2 Millionen Thaler zurückgegangen und
während der Baarvorrath sich um ca. 2 Millionen vergrößerte, wurde
die zirkulirende Notenmenge um 4 1/2 Millionen eingeschränkt.

Wien, 18. Februar. Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn be-
trugen in der Woche vom 8. bis 14. Februar 159,505 Fl., ergaben mit-
hin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme
von 12,028 Fl. — Wocheneinnahme der Linie Neumarkt-Braunau-
Simbad 10,646 Fl., Mehreinnahme 73 Fl. — Wocheneinnahme der
Linie Salzburg-Hallein 1383 Fl., Mindereinnahme 15 Fl.

** Ungarische Prämien-Anleihe. Ziehung vom 15. Februar.
Auszahlung ab 15. August bei der Oesterreichischen Boden-Kredit-An-
stalt in Pest.

Gezogene Serien.
Nr. 67 630 762 1364 1728 1736 2394 2545 2691 2840 3289 3897
3956 4128 4262 4506 5793 5830.

Gewinne.
Ser. 5793 Nr. 25 a 100,000 Fl. Ser. 2691 Nr. 8 a 10,000
Fl. Ser. 5830 Nr. 29 a 5000 Fl. Ser. 762 Nr. 26 Ser. 1364 Nr.
20. Ser. 2545 Nr. 17, Ser. 3897 Nr. 42 a 1000 Fl. Ser. 630 Nr.
19 47. Ser. 1728 Nr. 22 38. Ser. 2394 Nr. 39. Ser. 2545 Nr. 30.
Ser. 3289 Nr. 5 48. Ser. 3897, Nr. 18 47. Ser. 3956 Nr. 32, Ser.
4262 Nr. 7, Ser. 4506 Nr. 15 20, Ser. 5793 Nr. 7, Ser. 5830 Nr.
19 39 50 a 500 Fl.

Auf alle übrigen in den oben aufgeführten Serien enthaltenen
und hier nicht besonders bezeichneten Nummern fällt der geringste
Gewinn von je 112 Fl.

Neueste Depeschen.

Wien, 19. Februar. Finanzaußschuß. Nach dem der Unterrichts-
minister erklärt, daß die Regierung mit Rücksicht auf die Finanzspruch-
nahme des Reichsraths durch Vorlagen von eminent politischer Be-
deutung beschloßen habe, die Gesetzesvorlagen, welche das Verhältnis
zwischen der Staatsgewalt und der katholischen Kirche betreffen, gegen-
wärtig nicht vorzulegen. Der Finanzaußschuß nahm eine Resolu-
tion an, wonach die Regierung aufgefordert wird, diese
Vorlagen ehestens einzubringen. Eine Unterstützung im Betrage von
einer halben Million für katholische Geistliche wurde angenommen,
nachdem der Referent darauf verwiesen, daß der Kultusminister die
vorjährigen Unterstützungen nur würdigen, insbesondere den Schulge-
setzen nicht widerstrebenden Priestern verließen habe, so daß von
4975 Bittstellern nur 3795 befreit wurden.

Versailles, 19. Februar. Budgetkommission. Thiers hält es für
notwendig anlässlich der Forderung von 100 Mill. für die okkupirten
Departements und 140 Mill. für Paris die Finanzlage klar zu legen.
Man könne nicht auf Gerathewohl operiren und müsse das Gleich-
gewicht der Finanzen aufrecht erhalten. Thiers weist nach, daß die
Ziffer der eingegangenen Schadenliquidationen 748 Millionen beträgt.
Hiervon können 644 Mill. aus disponibeln Hilfsquellen gedeckt und
104 Mill. auf die schwebende Schuld übernommen werden. Der öffent-
liche Kredit erheische, daß die Schadenliquidation ohne Zuhilfenahme
neuer Anleihen gedeckt werde. Die Budgetkommission müsse hierzu
befähigt sein. Die Kommission beschließt, nach dem Thiers sich ent-
fernt hat, die Entschädigungssummen für die Departements gleichzeitig
mit der Entschädigung für Paris zu votiren, und überschießt die Vor-
lage betreffs Paris an die Regierung, um zu erfahren, ob dieselbe eine
Ermäßigung der Entschädigungsziffer wünscht.

Versailles, 19. Februar. Dreißigerkommission. Talon entwickelt
ein Amendement, wonach die Nationalversammlung vor ihrer Auflö-
sung selbst über die Organisation der Exekutivgewalt verfügen soll.
Die Kommission beantragte die Einleitung einer Untersuchung wegen
des jüngsten, beleidigenden Briefes gegen Thiers, dessen Urheberchaft
den Mitgliedern der Kommission zugeschrieben wird.

Telegraphische Börsenberichte.

Wien, 18. Februar, Nachmittags 1 Uhr. Getreidemarkt. Wetter:
Trübe. Weizen behauptet, hiesiger loco 8, 15, fremder loco 8, 7 1/2, pr. März
8, 10, pr. Mai 8, 8 1/2, pr. Juli 8, 7 1/2, pr. November 7, 21. Roggen fest,
loco 6, 15, pr. März 6, 4, pr. Mai 6, 7 1/2, pr. Juli 6, 9, pr. November
6, 10. Rüböl fester, loco 12 1/2, pr. Mai 12 1/2, pr. Oktober 12 1/2.
Breslau, 19. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus
pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Februar 17 1/2, pr. April-Mai 18 1/2. Weizen

